

Schnellbrief

Der Bundesminister des Innern

4180 - 1159 IV/52

Bonn, den 11. November 1952

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

**Betr.: Kleine Anfrage Nr. 297 der Abgeordneten
Arnholz und Genossen - Nr. 3739 der Druck-
sachen - Einbringung des Entwurfs eines
Heilpraktikergesetzes**

Die Kleine Anfrage Nr. 297 beantworte ich wie folgt:

1. Ich habe in der Fragestunde am 26. Juni 1952 vor der Beantwortung der Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Arnholz mitgeteilt, daß der Entwurf eines Heilpraktikergesetzes mit den Vertretern der Berufsverbände und der für das Gesundheitswesen zuständigen Länderminister besprochen werden solle und alsdann dem Kabinett zugehen werde. In der Beantwortung der Kleinen Anfrage Nr. 284 vom 15. Juli 1952 habe ich ausgeführt, daß die Besprechungen mit den Berufsverbänden zur Zeit stattfänden, daß danach der Entwurf mit den Vertretern der für das Gesundheitswesen zuständigen Länderminister besprochen und alsdann dem Kabinett zugeleitet werde.

2. Der scheinbare Widerspruch zwischen der Beantwortung der Zusatzfrage vom 26. Juni 1952 und der Beantwortung der Kleinen Anfrage Nr. 284 vom 15. Juli 1952 - Nrn. 3517, 3614 der Drucksachen - erklärt sich daraus, daß in der Zwischenzeit die Situation sich insofern veränderte, als die Ärzteverbände, die in den 2 Jahren vorher keine grundsätzlichen Einwendungen gegen die Wiederzulassung von Heilpraktikern und eine entsprechende Neufassung des Heilpraktikergesetzes erhoben hatten, nunmehr die Wiederzulassung der Heilpraktiker grundsätzlich verneinten und Einspruch erhoben. Das hat die neuen Verhandlungen notwendig gemacht, die ich in der Beantwortung der Kleinen Anfrage am 15. Juli erwähnte.

3. Die neuen Verhandlungen haben in allen grundsätzlichen Fragen eine Übereinstimmung mit den Heilpraktikerverbänden gebracht. Auch mit den ärztlichen Verbänden ist unter Aufrechterhaltung ihrer grundsätzlichen Ablehnung über die einzelnen Bestimmungen selbst Einigkeit erzielt. Ich habe deshalb den mir unterdessen vorgelegten Referentenentwurf genehmigt und den beteiligten Ressorts und Länderregierungen zur Stellungnahme zugeleitet. Die endgültige Fertigstellung des Entwurfs und damit der Zeitpunkt seiner Einbringung beim Deutschen Bundestag wird davon abhängen, ob die Äußerungen dieser Stellen nochmalige Verhandlungen notwendig machen werden.

Dr. Dr. Lehr